

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5680

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5680



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

FAKTENCHECK zur 10-Millionen- Initiative

**Wir widerlegen die
schlimmsten Argumente der SVP**

Wir widerlegen für euch die schlimmsten Argumente der SVP

Vor einigen Wochen haben wir die Leser:innen unseres Newsletters gefragt, was ihrer Meinung nach die schlimmsten Argumente der SVP für die 10-Millionen-Initiative sind, um diese reflektieren und widerlegen zu können. Wir haben eure Beiträge thematisch sortiert und aufgearbeitet. Im Folgenden zeigen wir euch auf, warum diese Argumente unhaltbar sind. Ausserdem nennen wir euch weitere Quellen, um die Reflexion fortzusetzen.

Inhalt

#1 Dichtestress (Angst vor der Bevölkerungsdichte).....	2
#2 Druck auf den Immobilienmarkt	4
#3 Alles ist die Schuld der Asylsuchenden	6
#4 Kriminalität und Gewalt	8
#5 Verlust der Kultur	11
#6 Es ist wichtig, ein starkes Signal zu senden.....	13

#1 Dichtestress (Angst vor der Bevölkerungsdichte)

«Die Leute finden, dass es immer mehr Menschen gibt, die z.B. in Städten/Agglomerationen die Strassen bevölkern. Das müsse doch eingedämmt werden wegen der Wohnungsnot, zu starkem Stau, zu grosser Besiedlung.»

«Das schlimmste Argument der SVP ist, dass wir schon zu viele Leuten in der Schweiz sind! Weil das sind wir ja leider auch, oder?»

«Überall fällt auf, dass viel mehr Menschen in der Schweiz wohnen: im übervollen ÖV, Endlos- Staus, an beliebten Ausflugsorten, beim Samstagseinkauf.»

Das Argument des Dichtestress (der Angst vor der Bevölkerungsdichte) wird von der SVP schon seit langem für ihre fremdenfeindlichen Ziele instrumentalisiert. Und es stimmt, dass die Bevölkerungsdichte in der Schweiz in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Demgegenüber ist die Bevölkerungsdichte in den Niederlanden, die eine ähnliche Fläche haben, aber fast doppelt so hoch. Selbst in Deutschland ist die tatsächliche Bevölkerungsdichte höher als in der Schweiz. Das manchmal empfundene Gefühl der Überbevölkerung beruht also auf einem subjektiven Eindruck und nicht auf einer realen Grundlage. Das Empfinden von Dichte als Stress, Normalität, Chance oder Gefahr ist nicht zuletzt kulturell gewachsen und sozial konstruiert. Die SVP nutzt dies politisch aus, um Hetze gegen Ausländer:innen zu betreiben, anstatt sich bewusst für eine sozial verträgliche und ökologische nachhaltige Verdichtung einzusetzen.

Zudem geht die Bevölkerungsdichte nicht zwangsläufig mit der Lebensqualität einher. Zürich und Genf gehören mit 5'800 bzw. 13'000 Einwohner:innen pro Quadratmeter zu den am dichtesten besiedelten Städten der Schweiz. Und doch belegt Zürich im [weltweiten Ranking der lebenswertesten Städte](#) den zweiten Platz und Genf den fünften. Dabei ist zu beachten, dass Kopenhagen, das den ersten Platz im Ranking einnimmt, eine Bevölkerungsdichte von 6'800 Einwohner:innen pro Quadratmeter aufweist. Die Lebensqualität in einer Stadt hängt also nicht in erster Linie von der Einwohner:innenzahl ab, sondern von Stabilität, Zugang zu Gesundheitsversorgung, Kultur, Bildung und Umweltschutz – kurz gesagt, von staatlichen Investitionen in die Lebensqualität. Bemerkenswert ist auch, dass die ersten fünf Städte der Rangliste alle eine linksgerichtete Regierung haben.

Das ändert jedoch nichts daran, dass die Züge manchmal überfüllt sind, dass es beispielsweise schwierig ist, morgens zwischen Zürich und Bern oder zwischen Genf und Lausanne in den von Pendler:innen frequentierten Intercity-Zügen einen Platz zu finden. Laut SBB [lag die durchschnittliche Auslastung der Züge im Jahr 2025 bei 27,8 %](#) (ein sehr leichter Anstieg gegenüber den Vorjahren). Wir stehen also eher vor einem organisatorischen als vor einem Ressourcenproblem. Flexibilisierungen der

Arbeitszeiten oder -tage, die Einführung der 4-Tage-Woche sowie grössere Investitionen in die sanfte Mobilität wären Lösungen für die Auslastung der Züge. Doch davon will die SVP nichts wissen.

Das ändert auch nichts daran, dass Freizeiteinrichtungen wie Schwimmbäder, See- oder Flussufer an Wochenenden und in den Ferien ebenfalls stark frequentiert sind. Aber auch hier wäre es sinnvoll, Wege zu finden, um Freizeiteinrichtungen in den Städten besser zugänglich zu machen. Mehr Grünflächen, mehr Sportmöglichkeiten, kostenloser Eintritt in Museen usw. Doch das sind Projekte, von denen die Initiant:innen der «10-Millionen-Schweiz» selten sprechen.

Vor allem aber sollte man bedenken, dass sich das derzeitige Bevölkerungswachstum sehr bald abbremsen wird. Das Bundesamt für Statistik hat [drei Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz](#) erarbeitet. Sowohl das Referenzszenario als auch das Basisszenario gehen davon aus, dass sich das Bevölkerungswachstum deutlich verlangsamen wird, sobald die Schweizer Bevölkerung 10.5 Millionen Einwohner:innen erreicht hat. Ab diesem Zeitpunkt wird die Schweizer Bevölkerung eher stagnieren als weiterwachsen.

Kurz gesagt

Das von der SVP verwendete Argument des «Dichtestresses» beruht eher auf einem subjektiven Eindruck als auf der Realität, denn die Bevölkerungsdichte in der Schweiz (285 Einwohner/km² auf den produktiven Flächen) liegt weiterhin unter der ihrer Nachbar:innen wie den Niederlanden oder Deutschland, während sehr dicht besiedelte Städte wie Zürich und Genf weltweit zu den Städten mit der höchsten Lebensqualität zählen. Die Probleme der Überlastung im Verkehrs- oder Freizeitbereich sind somit eher auf organisatorische Herausforderungen und Investitionen in sanfte Mobilität oder Grünflächen zurückzuführen als auf eine strukturelle Überbevölkerung, zumal die Bevölkerungsprognosen eine Verlangsamung des Wachstums vorhersagen, sobald die Marke von 10.5 Millionen Einwohner:innen erreicht ist.

Weiterführende Informationen

https://www.instagram.com/reel/DYbuzqgtgOS/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRIODBiNWFIZA==

Sabrina Stallone, «Dichte ist politisch»: Ein Gespräch mit Gabriela Debrunner zu Raum, Verdichtung und deren Instrumentalisierung, in [Migrationsland Schweiz](#) von Denknetz (S. 127ff)

#2 Druck auf den Immobilienmarkt

«Ein Argument, das in meinem Umkreis ankommt, ist das mit den Wohnungen, also das Bild, dass es durch mehr Migrant:innen weniger bezahlbare Mietwohnungen auf dem Markt gibt.»

Die Vorbringen des Wohnungsarguments durch die SVP ist vielleicht das heuchlerischste von allen. Wie der Mieterinnenverband aufzeigt, haben 14 der 21 Mitglieder des Initiativkomitees «Nein zu einer 10-Millionen-Schweiz» direkte Verbindungen zur Immobilienwirtschaft.

Nicht die Mieter:innen legen die Mietpreise fest, sondern die Vermieter:innen. Der Leerstand von Wohnungen steht in keinem direkten Zusammenhang mit den Mietpreisen, und er hängt auch nicht von der Einwohner:innenzahl der Schweiz ab. Ausschlaggebend dafür, ob Wohnungen gebaut werden oder nicht, sind die Zinssätze, d. h. die Frage, ob Gewinne erzielt werden können.

Es ist zudem äusserst fragwürdig, der ausländischen Bevölkerung vorzuwerfen, Wohnraum zu beanspruchen, wenn man bedenkt, dass Ausländer:innen weniger Platz einnehmen. [Wohnungen, die ausschliesslich von Ausländer:innen bewohnt werden, sind im Durchschnitt 14 Quadratmeter pro Person kleiner als solche, die ausschliesslich von Schweizer:innen bewohnt werden.](#)

Nationalität oder Herkunft sind ohnehin nur sekundäre Variablen, entscheidend sind Einkommen und Vermögen. Die reichsten Menschen nehmen den meisten Platz ein. Die Wohnbebauung in der Schweiz ist sehr wenig verdichtet. Mehr als drei Viertel der 1.8 Millionen Wohngebäude bestehen nur aus einer oder zwei Wohnungen. In dieser Art von Gebäuden leben 40 % der Bevölkerung. In der Schweiz sind 60 % der Wohnungen Einfamilienhäuser, in denen nur 27 % der Bevölkerung leben. Zudem wird die Hälfte der Einfamilienhäuser von zwei Personen oder weniger bewohnt.

Eine Studie zeigt, dass durch eine bessere Planung in der Schweiz problemlos zwei Millionen Menschen mehr untergebracht werden könnten, [indem lediglich 30 % der derzeitigen städtischen Flächen verdichtet würden.](#)

Auch wenn es stimmt, dass die Wohnungsfrage in der Schweiz ein brennendes Thema ist und es schwierig ist, Wohnraum zu finden – und noch schwieriger, bezahlbaren Wohnraum –, gibt es doch Lösungen. Diese liegen nicht in einer Begrenzung der ausländischen Bevölkerung, sondern in einer strengeren Durchsetzung des Wohnungsrechts und einer vernünftigen Stadtplanung. Zwei Bereiche, in denen wir kaum Befürworter:innen aus den Reihen der SVP finden.

Kurz gesagt

Die Mobilisierung der SVP zum Thema Wohnen ist heuchlerisch: Von den 21 Mitgliedern ihres Initiativkomitees haben 14 Verbindungen zur Immobilienwirtschaft – einem Sektor, in dem Eigentümer:innen und Zinssätze, nicht die Anzahl der Bewohner:innen, die Preise bestimmen. Die ausländische Bevölkerung zu beschuldigen, ist unbegründet, da sie weniger Platz beansprucht als die Schweizer:innen: Der eigentlich entscheidende Faktor ist das Vermögen, in einem Land, in dem die geringe Bebauungsdichte (überwiegend Einfamilienhäuser) Platz verschwendet. Eine bessere Planung würde es ermöglichen, zwei Millionen zusätzliche Menschen unterzubringen, indem nur 30 % der städtischen Flächen verdichtet werden: Die Lösung besteht nicht darin, die ausländische Bevölkerung zu begrenzen, sondern das Wohnungsrecht strikt anzuwenden und die Stadtplanung besser zu gestalten – zwei Bereiche, in denen die SVP durch Abwesenheit glänzt.

Weiterführende Informationen

<https://www.asloca.ch/actualites/asloca-appelle-a-voter-non-a-initiative-chaos>

<https://miet-chaos-nein.ch/downloads/10-mio-ch-nein/argumentarium2/>

#3 Alles ist die Schuld der Asylsuchenden

«Das wichtigste SVP-Argument wird wohl – wie immer – sein: selbstverständlich sind die Asylbewerber «Schuld», dass wir die 10-Mio-Grenze überschreiten; viel zu Viele im Land; zu wenige Rückweisungen; zu wenige Abschiebungen etc. Dabei stimmt das nicht. Der Kapitalismus verlangt nach immer mehr Arbeitskräften – auch wenn ich die Globalisierungs-Schraube falsch finde. Aber wie gesagt: selbstverständlich sind die Asylbewerber Schuld.»

Es ist erstaunlich, dass bei einer Initiative, die von Demografie spricht, das Thema Asyl so oft auftaucht. Das ist nichts anderes als eine unredliche Instrumentalisierung. Personen aus dem Asylbereich machen nur einen winzigen Teil der Gesamtbevölkerung und der ausländischen Bevölkerung aus und sind in keiner Weise für das Bevölkerungswachstum verantwortlich.

Personen aus dem traditionellen Asylbereich machen nur 1.7 % der Gesamtbevölkerung und 7 % der ausländischen Bevölkerung aus. Rechnet man die aus der Ukraine geflohenen Personen hinzu – auch wenn diese nicht das Asylsystem durchlaufen haben –, machen alle Personen, die in die Schweiz gekommen sind, um dort Schutz zu suchen, [2.4 % der Gesamtbevölkerung](#) und [etwa 12 % der ausländischen Bevölkerung](#) aus.

Dass in der Kampagne zur Initiative «Nein zu einer 10-Millionen-Schweiz» viel über Asyl gesprochen wird, liegt daran, dass die SVP bereits den Boden für die nächste Initiative «Asylmissbrauch stoppen (Grenzschutz-Initiative)» bereitet: Diese stellt einen noch frontaleren Angriff auf die Demokratie dar. Sie zielt insbesondere darauf ab, die Gewährung von Asyl auf 5'000 Personen pro Jahr zu begrenzen.

Asylsuchende sind leichte Ziele für die extreme Rechte. Sie haben keine Lobby und gelten in der Schweizer Gesellschaft nicht als «produktiv», da sie im Gegensatz zu Menschen aus der EU keine Arbeitsmigrant:innen sind. Diese vereinfachende Sichtweise blendet jedoch die entscheidende demokratische Funktion des Asylrechts in unseren modernen Gesellschaften aus. Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde 1951, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, verabschiedet. Es ging darum, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und als internationale Gemeinschaft die Opfer von Autoritarismus und Faschismus wirksam zu schützen – Systeme, von denen man damals nicht bezweifelte, dass sie sehr schnell wiederkehren könnten. Zudem hat die Gewährung von Asyl für Staatsangehörige, die in ihrem eigenen Land in Gefahr sind, eine korrigierende Funktion. Indem Staaten den Schutzbedarf anerkennen, erkennen sie den antidemokratischen Charakter des betreffenden Landes an. Die Tatsache, dass dieses Recht und dieser Mechanismus geschwächt werden, ist sehr beunruhigend. Die Schweiz steht dem übrigens in nichts nach: Um «die Glaubwürdigkeit des Asylsystems» zu gewährleisten, hat sie eine Delegation des Taliban-Regimes in die Schweiz

eingeladen, um deren Staatsangehörige identifizieren und leichter ausweisen zu können.

Anstatt Asylsuchende weiterhin für alle Übel der Gesellschaft verantwortlich zu machen, wäre es sinnvoller, darüber nachzudenken, wie dieses Recht auf Asyl an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden könnte. Auch das Schweizer Asylsystem ist sehr unbefriedigend. Die Verfahren sind langwierig und willkürlich, der Zugang zu Bildung und Arbeit fehlt nach wie vor, und der Schwerpunkt liegt auf den Möglichkeiten der Ausweisung statt auf den Schutzbedürfnissen. Die Allgegenwart des rechtsextremen Diskurses, wie er von der SVP geführt und verbreitet wird, verhindert ein kritisches Nachdenken. Die Energie und die Ressourcen dieser Partei wären viel besser in die Suche nach konstruktiven Wegen investiert, wie die Aufnahme, der Schutz und die gesellschaftliche Integration von Menschen auf der Flucht gestaltet werden können.

Kurz gesagt

Die Instrumentalisierung des Themas Asyl durch die Initiative «Nein zu einer 10-Millionen-Schweiz» ist unredlich, da Asylsuchende nur 2.4 % der Gesamtbevölkerung ausmachen – ein verschwindend geringer Anteil, den die SVP nutzt, um eine weitere Offensive gegen das Asylrecht vorzubereiten. Indem sie diese schutzbedürftigen Menschen ins Visier nimmt, verschleiert die extreme Rechte die entscheidende demokratische Funktion des Asyls, ein Erbe der Genfer Konvention von 1951, die darauf abzielt, Opfer autoritärer Regime zu schützen, während die Schweiz dieses Recht durch umstrittene Praktiken wie die Aufnahme von Taliban-Delegationen schwächt. Anstatt Sündenböcke zu benennen, wäre es dringend notwendig, das derzeitige, zu langsame und auf Ausschaffungen ausgerichtete System zu reformieren, um konstruktive Lösungen für Aufnahme und Integration zu fördern, die unseren demokratischen Werten entsprechen.

Weiterführende Informationen

<https://asile.ch/2026/05/01/une-suisse-a-10-millions-a-cause-de-lasile>

#4 Kriminalität und Gewalt

«Bei einer Informationsveranstaltung zur bevorstehenden Eröffnung einer Unterkunft für Asylsuchende brachte eine Mutter von drei Töchtern das ›Argument‹ vor, sie habe Angst um ihre Töchter, da ›ausländische Männer‹ kommen würden, die nicht wüssten, was sie mit ihrer Freizeit anfangen sollten.»

«Wenn jemand bereits schlechte Erfahrungen mit einem Asylsuchenden gemacht hat (zum Beispiel mit jungen Frauen, die oft von Männern aus Nordafrika oder Afghanistan begleitet werden) und dieses negative Gefühl dann auf alle ›Asylsuchenden‹ überträgt, wie soll man darauf reagieren? Nach schlechten Erfahrungen neigen die meisten von uns leider dazu, zu verallgemeinern. Was natürlich ungerecht und falsch ist. Ich musste erst älter werden, um das zu verstehen.»

Die SVP liebt Kurznachrichten und Statistiken. Und natürlich geht sie mit beidem völlig willkürlich um. Vielleicht sind Ihnen schon einmal diese Kurzmeldungen aufgefallen, in denen von einem schrecklichen Verbrechen berichtet wird, begleitet von dem Kommentar «Neue Realität?». Dies wird wahrscheinlich der zentrale Punkt der Strategie der SVP für die Kampagne ihrer «Grenzschutz-Initiative» sein. Jeder Kriminalfall, ob gross oder klein, wird so genutzt, um Angst zu schüren und uns glauben zu machen, dass wir ständig in Gefahr sind, selbst in der friedlichen Schweiz.

Und diese Vorfälle werden mit «Fakten» und «Statistiken» untermauert. Allerdings werden diese nur sehr subjektiv und verfälscht eingesetzt. Der Sinn von Statistiken besteht darin, quantitative Daten zu sammeln, um sich einen Gesamtüberblick über eine Situation zu verschaffen und die wichtigsten Trends herauszuarbeiten. Willkürlich Zahlen zu präsentieren, sie falsch zu addieren oder aus dem Zusammenhang zu reissen, ist falsch und unverantwortlich.

Eine strenge statistische Analyse ermöglicht es jedoch, die Determinanten der Kriminalität zu verstehen, und würde – sofern man dies ernsthaft betreibt – die Entwicklung öffentlicher Massnahmen ermöglichen, die verhindern, dass weitere Verbrechen begangen werden. Was alle Kriminalitätsstatistiken zeigen, ist, dass kriminelles Verhalten von vier Kriterien abhängt: Geschlecht, Alter, sozioökonomischer Status und Bildungsniveau. Konkret sind es eher junge Männer, die wirtschaftlich benachteiligt sind und nur eine geringe Schulbildung haben, die die meisten Straftaten begehen.

Wenn es stimmt, dass Ausländer:innen und Asylsuchende in den Kriminalitätsstatistiken überrepräsentiert sind, dann liegt das daran, dass sie auch in den Kategorien der jungen, armen und wenig gebildeten Männer überrepräsentiert sind. Ein eklatantes Beispiel: Ausländer:innen stellen die Mehrheit in den Schweizer Gefängnissen. Um zu verstehen, warum das so ist, müssen zwei Daten in die Gleichung

einbezogen werden: 50 % der Personen, die in Schweizer Gefängnissen eine Strafe verbüssen, tun dies, weil sie kein Geld haben (entweder verbüssen sie eine Ersatzstrafe oder eine Geldstrafe), und 20 % sind wegen Verstössen gegen das Aufenthaltsgesetz dort. Ein Vergehen, das Schweizer gar nicht begehen können.

Das Thema Gewalt gegen Frauen ist sehr wichtig. Wir sagen übrigens bereits voraus, dass die SVP und ihre Anhänger:innen im Rahmen der Kampagne zum Grenzschutz wieder einen ganz neuen Feminismus für sich entdecken werden. Es wird darum gehen, Frauen vor «ausländischen Angreifern» oder «importierter Kriminalität» zu schützen. Das wird unsere eigene Variante des Fémonationalismus sein, der derzeit eine der am häufigsten eingesetzten Waffen der extremen Rechten ist. Eine besonders perfide Art, sich die Arbeit der Feminist:innen anzueignen. Es ist sehr wichtig, wachsam zu bleiben und zu erkennen, dass diese angeblich feministische Offensive der Rechten in Wirklichkeit ein Eigentor ist und langfristig allen Opfern sexistischer und sexualisierter Gewalt schaden wird.

Indem man sich ausschliesslich auf ausländische Täter konzentriert, vergisst man zudem einen ganzen Teil der Opfer. Indem man den «richtigen» Täter konstruiert, konstruiert man auch das «richtige» Opfer. Was geschieht mit all den Frauen, die von angesehenen Schweizer Männern angegriffen werden? Wird man ihnen Glauben schenken? Sexistische und sexualisierte Gewalt muss ernst genommen werden, und die Gefühle und Bedürfnisse der betroffenen Personen müssen im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen eine Politik, die Massnahmen ergreift, um alle von sexualisierter Gewalt betroffenen Personen zu schützen und alle Täter:innen daran zu hindern, zuzuschlagen. Ein Blick auf das Abstimmungsverhalten der SVP bei Themen rund um Gewalt gegen Frauen in den letzten Jahren genügt, um festzustellen, dass das Thema sie nie wirklich interessiert hat, ausser es diene dazu, ihre rassistische Agenda zu verfolgen.

Kurz gesagt

Die SVP instrumentalisiert Einzelberichte und Statistiken, um ihre Kampagne für die «Grenzschutz-Initiative» anzuheizen, und schürt Angst durch eine aus dem Zusammenhang gerissene Verwendung von Zahlen, die die wahren Determinanten der Kriminalität verschleiern: Geschlecht, Alter, prekäre Lebensverhältnisse und ein niedriges Bildungsniveau. Die Überrepräsentation von Ausländer:innen in den Statistiken lässt sich durch ihre Konzentration in diesen gefährdeten Gruppen und durch spezifische Delikte wie Verstösse gegen das Aufenthaltsrecht erklären, während die Hälfte der Inhaftierten Strafen verbüsst, die mit Armut zusammenhängen. Diese Strategie geht einher mit einem opportunistischen «Fémonationalismus», der angeblich darauf abzielt, Frauen vor ausländischen Tätern zu schützen – ein Ansatz, der allen von sexistischer Gewalt betroffenen Personen

schadet, indem er die von Schweizer:innen begangenen Taten unsichtbar macht und die Aufmerksamkeit vom fehlenden Engagement der SVP in dieser Frage ablenkt.

Weiterführende Informationen

Miriam Suter und Natalia Widla «Gewalt gegen Frauen ist kein Import, sie ist hausgemacht», in [Migrationsland Schweiz](#) von Denknetz (S. 173ff)

#5 Verlust der Kultur

«Da ich selbst deutscher Herkunft bin, nehme ich noch manchmal die Ablehnung in der Deutschschweiz wahr dagegen, dass das Schwyzerdeutsch in Schulen und die «schweizerische Kultur» verdrängt wird und dass Deutsche auch Führungspositionen (z.B. in Spitälern oder im Kulturbereich) besetzen. Ich mache dann darauf aufmerksam, dass die Mehrsprachigkeit zur schweizerischen Kultur traditionell dazugehört.»

«Ein Argument, das ich kürzlich gehört habe und auf das ich nur schwer eine Antwort fand, lautet: Muslimische Kinder würden unsere Schulen überschwemmen. Das Argument lautet dann natürlich, dass dies so weitergehen werde und wir bald eher ein muslimisches als ein «christliches» Land seien.»

Die Angst vor dem Verlust der eigenen Kultur ist ein immer wiederkehrendes Motiv, das übrigens ständig von rechtsextremen Kreisen aufgegriffen wird. Sie stand bereits im Zentrum der Kampagne für die Schwarzenbach-Initiative in den 1970er Jahren. Damals befürchteten die Befürworter:innen, dass die Schweiz ihr Gesicht verlieren würde, wenn der Ausländer:innenanteil (damals 17.2 %) weiter steigen würde.

Diese Vorstellung beruht auf einer Wahrnehmung von Kultur als etwas Unveränderlichem oder Starrem. Dabei wird jedoch vergessen, dass sich alle Gesellschaften und Kulturen weiterentwickeln. Und das ist gut so. Erinnern wir uns daran, dass Frauen in der Schweiz bis 1971 kein Stimmrecht hatten, dass Vergewaltigung in der Ehe bis 2004 nicht unter Strafe stand und dass die Todesstrafe im Militärrecht erst 1992 abgeschafft wurde.

Erinnern wir uns auch daran, dass die Schweiz, wie wir sie kennen, nicht aus einem einzigen Volk hervorgegangen ist, sondern aus einem Geflecht von Handels- und Militärbündnissen zwischen verschiedenen Städten und ländlichen Gemeinschaften, die zu dem Bundesstaat geführt haben, den wir heute kennen. In der Schweiz haben wir keine gemeinsame Sprache, sondern vier Amtssprachen und Dutzende lebendiger Dialekte, kulinarische Traditionen und Mehrheitskonfessionen, die je nach Kanton variieren, und vier verschiedene öffentlich-rechtliche Medien. Erinnern wir uns auch daran, dass konfessionelle Konflikte vor dem Sonderbund unüberbrückbar schienen, während Sie heute vielleicht nicht einmal die Konfession (oder Konfessionslosigkeit) Ihres Nachbarn im selben Stockwerk kennen.

Muslim:innen werden besonders an den Pranger gestellt, wenn es um kulturellen Einfluss geht. Sie sind das Hauptziel politischer Kampagnen, wie dem Minarettverbot oder dem Verbot, das Gesicht zu verhüllen. Dabei hatten diese beiden Abstimmungen imaginäre Probleme inszeniert. Zum Zeitpunkt der Abstimmung gab es in der Schweiz

genau vier Minarette. Was Frauen betrifft, die in der Schweiz eine Burka tragen, beschränkte sich dieses Phänomen auf einige wenige Touristinnen im Sommer.

Die religiöse Landschaft der Schweiz ist nicht monolithisch. Das Christentum stellt in der Schweiz eine klare Mehrheit dar: 32.1 % der Bevölkerung bezeichnen sich als katholisch und 20.5 % als protestantisch. 5.6 % der Schweizer Bevölkerung bekennen sich zu anderen christlichen Religionsgemeinschaften. Die grösste Entwicklung ist jedoch der Anstieg der Zahl der Konfessionslosen, die von 1 % im Jahr 1970 auf 33.5 % im Jahr 2022 gestiegen ist. Die beiden anderen monotheistischen Religionen sind in der Schweiz deutlich in der Minderheit: 6 % gehören dem Islam an und 0.2 % dem Judentum. Die Gewissens- und Glaubensfreiheit ist in der Schweizer Verfassung verankert und garantiert, dass jede Person das Recht hat, ihre Religion frei zu wählen.

Weiterführende Informationen

<https://lesfoulardsviolets.wordpress.com/wp-content/uploads/2021/01/argumentaire-fv.pdf>

#6 Es ist wichtig, ein starkes Signal zu senden

«Fakten sind mir egal, ich möchte einfach ein Zeichen setzen. Es reicht langsam.»

Diese Aussage fasst vielleicht am besten die Haltung und den Willen der SVP bei dieser Volksabstimmung zusammen. Denn es ist sehr wahrscheinlich, dass die Initiative, selbst wenn sie angenommen wird, nicht wirklich umgesetzt werden kann. So wie übrigens auch andere Initiativen der SVP in der Vergangenheit.

Zudem [hat der Blick kürzlich aufgedeckt, dass die SVP die Zahlen in ihrem Argumentationsblatt](#), das an alle Haushalte verteilt wurde, [aufgebläht hat](#). Wie [asile.ch](#) im Auftrag der Blick-Journalistin analysiert hat, wurde die Zahl der Personen mit Asylstatus in der kleinen Zeitung, die die Partei an einen Grossteil der Haushalte in der Schweiz verteilt hat, verdreifacht.

Und ganz allgemein ist es wichtig, sich bewusst zu machen, was die SVP und die anderen Parteien, die ihr nacheifern, mit unserer Migrationspolitik anstellen. [In 56 Jahren wurde die stimmberechtigte Bevölkerung aufgefordert, über 10 Initiativen zur Begrenzung der ausländischen Bevölkerung und 10 weitere zu Ausländer:innen in der Schweiz abzustimmen](#). Wir sind wahrscheinlich das Land auf der Welt, das am häufigsten seine Meinung zu Ausländer:innen äussern muss. Und wir sollten daher in dieser Frage die bestinformierten Menschen im ganzen Universum sein. Das ist jedoch nicht der Fall, wie wir insbesondere dank dieser Faktenprüfung gesehen haben. Die migrations- und ausländerfeindlichen politischen Kräfte dominieren seit langem den öffentlichen Diskurs. Wir müssen jedes Mal (wieder) damit beginnen, Behauptungen zu widerlegen, die Parteien von Milliardär:innen dank ihrer unverhältnismässigen Mittel in der öffentlichen Meinung verbreiten.

Und währenddessen gibt es keine echte Auseinandersetzung mit einer Migrationspolitik, die realistisch ist und der aktuellen Situation sowie den Herausforderungen einer Gesellschaft gerecht wird, in der die wirtschaftlichen Ungleichheiten noch schneller wachsen als die Bevölkerung. Diese Initiative der SVP verhindert das Nachdenken. Es ist höchste Zeit, dass Volksabstimmungen (wieder) zu echten Foren der Debatte und Information für die breite Öffentlichkeit werden.

Weiterführende Informationen

<https://www.sosf.ch/de/article/menschen-sind-nicht-das-problem>